

in der Diskussion über den Verfassungsentwurf regen Anteil an den außenpolitischen Problemen. In vielfältiger Form brachten die Bürger der DDR ihre Übereinstimmung mit den im Verfassungsentwurf niedergelegten Grundprinzipien der Außenpolitik der DDR zum Ausdruck. So billigten sie ausdrücklich den Grundsatz der allseitigen Zusammenarbeit und Freundschaft mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten entsprechend den Prinzipien des sozialistischen Internationalismus. Die Volksaussprache machte deutlich: Die Bürger der DDR sind sich bewußt, daß eine enge Zusammenarbeit vor allem mit der Sowjetunion eine entscheidende Voraussetzung für die weitere Entwicklung der DDR ist.

Es hat nicht an Versuchen der herrschenden imperialistischen Kreise Westdeutschlands gefehlt, sich gerade in dieser Frage in die Volksdiskussion einzumischen. Uns wurde der Rat gegeben, doch auf das Verhältnis zur Sowjetunion nicht in der Verfassung besonders einzugehen. Die Absicht, die sich hinter diesem Ratschlag verbirgt, ist unschwer zu erkennen. Die westdeutsche Regierung hängt immer noch der Illusion nach, daß es möglich sein könnte, die DDR von der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten zu trennen. Diese Illusion ist auf Sand gebaut. Niemandem wird es gelingen, ein solche Trennung zu erreichen. Das hat gerade die Diskussion über die neue, sozialistische Verfassung bewiesen.

Zustimmung in der Volksaussprache fanden auch die Festlegungen der Verfassung, daß die DDR die Bestrebungen der Völker nach Gleichberechtigung und Unabhängigkeit unterstützt, niemals einen Eroberungskrieg unternehmen oder ihre Streitkräfte gegen die Freiheit eines anderen Volkes einsetzen wird. Es wurde unterstrichen, daß die DDR damit konsequent ihre Politik zur Unterstützung des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt fortsetzt, durch die sie sich so eindeutig von der Politik des westdeutschen Imperialismus abhebt. Er steht bekanntlich auf der Seite aller derer, die die Freiheit anderer Völker mit Füßen treten, sich mit brutaler Intervention gegen deren Unabhängigkeitsstreben wenden und dabei — wie das bei der USA-Aggression in Vietnam deutlich wird — selbst den Weltfrieden aufs Spiel setzen.

Auch über die Frage, welchen Beitrag die DDR zur Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit sowie einer stabilen Friedensordnung in der Welt leistet, gab es unter der Bevölkerung der DDR eine lebhafte Diskussion. Es wurde der Beitrag der DDR gewürdigt, den sie durch ihre konsequente Friedens- und Entspannungspolitik bereits bisher beim Kampf um die Gewährleistung der europäischen Sicherheit geleistet hat. Aus der Bevölkerung kam der Vorschlag, auch das Streben nach allgemeiner Abrüstung als Verfassungsauftrag zu formulieren. Die Verfassungskommission ist diesem Vorschlag nachgekommen, da die Abrüstung seit jeher ein außenpolitisches Ziel der DDR ist. Die DDR hat stets alle Schritte unterstützt, die diesem Ziel dienen.

Die Diskussion zu Fragen der Außenpolitik der DDR zeigte, daß die Regierung der DDR in ihrer dem Frieden, dem Sozialismus und der Völkerverständigung dienenden Außenpolitik auch in Zukunft der Unterstützung des Volkes sicher sein kann.

Die Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus

Die Zustimmung zum Verfassungsentwurf fand sichtbaren Ausdruck in der wachsenden Initiative der Werktätigen mit dem erklärten Ziel, die sozialistische Gesellschaft und ihren Staat allseitig zu stärken. Hohe Leistungen bewiesen, daß unsere neue Verfassung als Auftrag und Anleitung verstanden wird, nach denen wir, gemeinsam das entwickelte System unserer sozialistischen